



Selbstbestimmt mit eingeschränktem Hörvermögen.

Rund 15 Millionen Menschen in Deutschland können nicht gut, schwer oder so gut wie nichts mehr hören. Der Deutsche Schwerhörigenbund (DSB) schätzt, dass 10,5 Prozent der Bevölkerung leichtgradig, 6,5 Prozent mittelgradig, 1,4 Prozent hochgradig und 0,3 Prozent an Taubheit grenzend schwerhörig oder ertaubt ist. Unter den 300.000 Menschen, die aufgrund ihrer Hörschädigung einen Schwerbehindertenausweis haben, sind schätzungsweise 80.000 Gehörlose. Sie verständigen sich über die Deutsche Gebärdensprache (DGS), die seit 2002 als vollwertige Sprache im Behindertengleichstellungsgesetz anerkannt ist. Dies ist ein Erfolg für den Deutschen Gehörlosen-Bund e.V. (DGB), der die Interessen von Gehörlosen und anderen Menschen mit Hörbehinderungen bundesweit vertritt.

Wenn ich einen anderen ohne meine Hörhilfen verstehen wollte, müsste mein Gegenüber in direkter Nähe sehr laut brüllen“, erzählt Heinz Hepp. Der 64-Jährige ist seit 20 Jahren aufgrund seiner Innenohr-Schwerhörigkeit und in deren Folge psychosomatischen Erschöpfungszuständen berufsunfähig, seit kurzem regulär berentet. Jedoch stets aktiv: Seit 31 Jahren ist er ehrenamtlich im Deutschen Schwerhörigenbund e.V. (DSB) engagiert und nebenberuflich schon 25 Jahre lang in Nordrhein-Westfalen als Berater und Anbieter von technischen Hilfsmitteln für Hörgeschädigte. Und nutzt sie natürlich selbst. Norbert Böttges engagiert sich ehrenamtlich als Vizepräsident des DSB und ist selbst hörbehindert. Seinen Alltag bewältigt er mit einer elektronischen Hörprothese, das sogenannte Cochlea Implantat (CI). Es übernimmt die Funktion des ausgefallenen Innenohrs. Norbert Böttges hat sich vor kurzem beruflich verändert und ist tätig als Berater für die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB). Diese informiert bundesweit in 500 Beratungsstellen Menschen mit Behinderungen, von Behinderung be-

drohte Menschen, aber auch deren Angehörige unentgeltlich über Themen wie Rehabilitation und Teilhabe. Mit seiner Expertise unterstützt der ehemals in der IT-Branche beschäftigte Physiker Menschen mit Hörbehinderung. Viele Beratenden der EUTB sind wie er selbst Betroffene. Dieser Peer to Peer-Ansatz ermögliche, sagt Böttges, große Empathie und Verständnis für Hilfesuchende und fördere die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen.

Zu wenig Geld für Hörhilfen

„Wir verstehen unter einem selbstbestimmten Leben, dass jede und jeder das erreichen kann, was er sich selbst wünscht und dabei nicht fremdbestimmt wird“, so Böttges. Auch für Heinz Hepp ist eine unabhängige Beratung eine Chance auf mehr Selbstbestimmung: „Erst wenn ich alle Möglichkeiten kenne, die meine Teilhabe in der Gesellschaft ermöglichen und mir individuell angepasste Hilfen gewährt werden, kann ich selbstbestimmt leben.“ Aber der Experte für Hörtechnik kritisiert, dass seit 2012 der Festbetrag für Hörhilfen nicht erhöht wurde. „Dazu kommt, dass die

Hörhilfen, die von der Krankenkasse erstattet werden, gerade mal für's Wohnzimmer taugen, aber nicht für die Kommunikation unter schwierigeren Rahmenbedingungen.“ Deshalb ist eine Forderung des DSB, dass Hörhilfen kostenfrei und in einer technisch hochwertigen Qualität allen Menschen mit Hörbehinderung zur Verfügung gestellt werden.

Einfach so ins Kino oder ins Theater?

Es gibt immer noch sehr viele Situationen, in denen für Gehörlose und Hörbehinderte die Selbstbestimmung endet und Fremdbestimmung beginnt: Sie können nicht einfach ins Kino oder ins Theater gehen. Denn ohne sogenannte Höranlage oder Dolmetscher können Betroffene weder einem Film, einem Theaterstück, einem Konzert oder Vortrag folgen. Selbst eine Familienfeier kann zu einer Herausforderung werden: „Wenn es in einer Gaststätte sehr laut oder die allgemeine Raumakustik ungünstig ist, kann ich mich höchstens mit einem Gegenüber unterhalten“, erzählt Heinz Hepp. Oftmals bleibe er lieber zu Hause oder

besuche Veranstaltungen des DSB, „weil diese in der Regel barrierefrei sind“. Norbert Böttges bemängelt, dass der Einbau von Höranlagen in Veranstaltungs- und Kulturräumen oder Untertitelung in das Belieben privater Betreiber gestellt sei. Obwohl es im § 4 des 2016 aufgelegten Bundes-Behinderten-gleichstellungsgesetzes sinngemäß stünde, dass es für Menschen mit Höreinschränkungen dazu gehöre, dass sie auch einen Gottesdienst, einer Theater- und Kinodarbietung oder einer Vorlesung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe folgen können. „Leider nur ein Satz im Gesetz.“ Bislang haben nur zehn Kinos bundesweit die Fördermittel der Filmförderungsanstalt abgerufen, um barrierefreie Angebote für Gehörlose und andere Hörbehinderte vorzuhalten, und nur 23 staatlich geförderte Kultureinrichtungen sind barrierefrei. Eine selbstbestimmte Teilhabe ist für Hörbehinderte nach wie vor in vielen gesellschaftlichen Bereichen nicht möglich.

Telefonieren nur mit Dolmetscher...

Noch schwieriger ist es für Gehörlose. Sie sind im Beruf und/ oder im Privatleben gänzlich auf Simultanübersetzungen durch Dolmetscher für Gebärdensprache und Deutsch oder Schriftsprache und Deutsch angewiesen. Immer dann, wenn sie mit Hörenden kommunizieren wollen. Aber technischer Fortschritt erleichtert die Kommunikation. Zum Beispiel für Sandra Kühling. Die 37-Jährige arbeitet in Teilzeit als Verwaltungsfachkraft in der Berliner Geschäftsstelle des DGB, zusammen mit ihrem Kollegen Daniel Büter. Er ist Referent für politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit im Deutschen Gehörlosen-Bund (DGB). Beide sind seit ihrer Geburt gehörlos. Dank des TESS-Dolmetscherdienstes können sie im Büro telefonieren. Es handelt sich um einen bundesweiten Telefonvermittlungsdienst für hör- und sprachbehinderte Menschen, bei dem Dolmetscher die Telefoninhalte simultan von Gebärdens- oder Schriftsprache in deutsche Lautsprache übersetzen und umgekehrt. Der Dienst ist für Hör- und Sprachbehinderte an sie-

ben Tagen der Woche rund um die Uhr erreichbar. TESS kann ebenso für private Telefonate genutzt werden, nicht nur im Beruf. Minuspunkt: „Die Kosten liegen höher als normale Telefongespräche“, bedauert Sandra Kühling. Darum kämpft der DGB für den Verzicht dieser behindertenrechtlichen Mehrkosten.

Dennoch ist TESS ein Fortschritt. Außerdem ist Sandra Kühling glücklich, dass ihre Tochter, die wie sie gehörlos ist, bilingual betreut wird. In der Kita, die die Dreijährige besucht, wird die deutsche Lautsprache und Gebärdensprache vermittelt. Dieser Vorteil bringt leider eine lange Anfahrt für Mutter und Tochter mit sich. Deshalb nehmen sie für Hin- und Rückfahrt ein Taxi. Zur Arbeit dann fährt Sandra Kühling mit der S-Bahn. Würden die Fahrtkosten nicht erstattet, wäre diese selbstbestimmte Entscheidung für eine bilinguale Kinderbetreuung nicht möglich gewesen.

...aber von denen gibt es wenige.

Eine große Barriere in der Kommunikation mit Hörenden und für eine volle Teilhabe ist die unzureichende Zahl an ausgebildeten Dolmetschern für Gebärdensprache und Deutsch. „Es gibt lediglich 750 bis 800 bundesweit“, weiß Daniel Büter. Seiner Ansicht nach wäre es sinnvoll, wenn die DGS als Fremdsprache bzw. Wahlfach an allgemeinbildenden Schulen in ganz Deutschland angeboten würde. Bislang gibt es solche Konzepte nur einzeln an Schulen in Berlin, Brandenburg, Hamburg und Hessen. Aber es regt sich etwas: Immer mehr Initiativen bieten Schnupperkurse für DGS in Kindergärten, Schulen und Hochschulen an. „Diese Angebote sind sinnvoll, um mehr Menschen für die Welt der Gehörlosen und die Gebärdensprache zu sensibilisieren“, findet Daniel Büter. Dies ist auch das Ziel des Internationaler Tags der Gebärdensprache, der vom Weltverband der Gehörlosen (World Federation of the Deaf) eingeführt und in diesem Jahr am 23. September erstmals gefeiert wurde. So soll die Aufmerksamkeit auf Gehörlose, auf ein solidarisches Miteinander im Alltag und in der Gesellschaft gelenkt werden.



Alles verstanden?
Sandra Kühling sagt „Selbstbestimmung“
in Gebärdensprache

„Hörende sollten begreifen, dass Gehörlose stinknormal sind“, wünscht sich Sandra Kühling.

Aber es bleibt viel zu tun, damit Gehörlose und Menschen mit Hörbehinderung selbstbestimmt leben können. Positiv ist, dass ein öffentlicher Diskurs über die Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen durch die UN-Behindertenrechtskonvention angestoßen wurde. „Aber nur der Wunsch nach Inklusion, reicht nicht. Leider erlahmt größtenteils der Elan für Inklusion heute noch bei der Frage, wer inkludierende Maßnahmen finanzieren soll“, bilanziert Norbert Böttges.

Verena Mörath

WEITERFÜHRENDE LINKS

- Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB): www.teilhabeberatung.de
- Deutscher Gehörlosen-Bund e.V. (DGB): www.gehoerlosen-bund.de
- Deutscher Schwerhörigenbund e.V. (DSB): www.schwerhoerigen-netz.de
- Deutsche Gesellschaft der Hörbehinderten: www.deutsche-gesellschaft.de
- Kompetenzzentrum für Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Sinnesbehinderung NRW: www.ksl-msi-nrw.de/de
- World Federation of the Deaf (WDF): www.wfdeaf.org
- European Union of the Deaf (EUD): www.eud.eu

Gute Pflege ist Menschenrecht!

Der Pflegenotstand ist zur Dauerkrise geworden, unter der alle Beteiligten leiden: die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen sowie die Pflegekräfte.

Deshalb schließe ich mich den Forderungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes an:

- * **Gute Pflege braucht viele Hände!**
Die Bundesregierung muss ein Gesamtkonzept vorlegen, wie mittelfristig 100.000 Pflegekräfte gewonnen und refinanziert werden können. Pflegende Angehörige benötigen eine bessere soziale Absicherung und mehr Entlastung.
- * **Gute Pflege darf nicht arm machen!**
Wir treten ein für eine menschenwürdige Pflege mit begrenzten Eigenanteilen: Die Pflegekassen müssen sofort 85 Prozent der pflegebedingten Kosten übernehmen.
- * **Gute Pflege braucht mehr Zeit!**
Niemand soll Angst davor haben, pflegebedürftig zu werden: Es braucht mehr Zeit und Vertrauen für eine maßgeschneiderte Pflege, für angemessene Betreuung und Gespräche.



Machen Sie Druck!

Wie Sie vielleicht bereits bemerkt haben, liegt unserer aktuellen Ausgabe eine Postkarte zum Thema Pflege bei.

Im Rahmen unserer Jahreskampagne möchten wir den klassischen Postweg dazu nutzen, um auf den Pflegenotstand aufmerksam zu machen und die Forderungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in die Politik zu tragen.

Helfen Sie uns dabei:

Schicken Sie die beiliegende Postkarte an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und machen Sie deutlich, dass Sie mit der Pflegepolitik der Bundesregierung nicht einverstanden sind und sich ein Umsteuern wünschen!

